

Gemeinsame Pressemitteilung von Deutscher Naturschutzring (DNR) und Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

Kurzanalyse korrigiert interne BDI-Studie nach unten: Notwendige Investitionen in Klimaschutz können niedriger ausfallen

Investitionen in Höhe von einem Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland würden ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen

Berlin, 16.11.2017. Im Rahmen des internationalen Klimaabkommens von Paris hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu sein. Dafür sind umfangreiche Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen unabdingbar. Eine interne Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) geht davon aus, dass Investitionen in den Klimaschutz in jedem Fall zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen werden.

Die Aussagen der geleakten BDI-Studie werden durch eine im Auftrag des Deutschen Naturschutzrings (DNR) erarbeitete Kurzanalyse des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ergänzt. Die Investitionen in mehr Klimaschutz können sogar geringer sein, als vom BDI berechnet. Die BDI-Studie beziffert die Höhe der notwendigen Investitionen auf 1.500 bis 2.300 Milliarden Euro bis 2050.

Die Kurzanalyse hingegen kommt zu einem etwas niedrigeren Investitionsbedarf. Bereits 32 Milliarden Euro pro Jahr würden ausreichen, um die Weichen für eine klimafreundliche Wirtschaft zu stellen. „Wenn jetzt schon der BDI als Keimzelle der fossilen Industrie zu dem Ergebnis kommt, dass sich ambitionierter Klimaschutz rechnet, muss die Politik endlich ernst machen. Wir brauchen von der neuen Bundesregierung eine Investitionsoffensive, die nicht allein von einer ‚schwarzen Null‘ geprägt sein darf. Wer Wohlstand und Gesundheit erhalten will, muss jetzt in zukunftsfähige Infrastruktur und Technologien investieren,“ sagte DNR-Präsident Kai Niebert.

Auch FÖS-Geschäftsführer Björn Klusmann erklärt, dass es sich bei den notwendigen Investitionen in Klimaschutz um einen relativ überschaubaren Betrag handelt: „Die Summe der notwendigen Investitionen ist niedriger als viele befürchten. Ein Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands könnte ausreichen, damit wir auch in 30 Jahren noch gut in Deutschland leben können. Die zukünftige Bundesregierung muss dazu dringend die richtigen Investitionsimpulse setzen.“

Auch die jährlichen klimaschädlichen Subventionen in Höhe von 57 Milliarden Euro (in 2016, laut Umweltbundesamt) könnten zurückgefahren und das Geld sinnvoller in die Dekarbonisierung unseres Wirtschaftssystems gelenkt werden. Bereits etwas mehr als die Hälfte dieser umweltschädlichen Staatssubventionen würden ausreichen, um unser Wirtschaftssystem auf Klimaschutz auszurichten.

Hintergrund

Die FÖS-Kurzanalyse hat eine Reihe vorliegender Studien zum Thema Investitionsbedarf untersucht. Die Datenlage dazu ist allerdings nach wie vor unzureichend und lässt eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der notwendigen Höhe und Startzeitpunkt der Investitionen nicht zu. Die Spanne des Investitionsbedarfs für den Zeitraum von 2017-2050 liegt in den ausgewerteten Studien zwischen 398 bis 2.386 Milliarden Euro. Daraus ergeben sich 12 bis 70 Milliarden Euro benötigter Investitionen pro Jahr, oder im Mittel 32 Milliarden Euro. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands lag in 2016 bei 3.134 Milliarden Euro.

Die FÖS-Kurzanalyse im Auftrag des DNR finden Sie hier: <http://www.foes.de/pdf/2017-11-Kurzanalyse-Investitionsmotor-Klimaschutz.pdf>

Kontakt:

Andrea Wörle, Referentin Politik und Kommunikation, Tel. 030-7623991-41, andrea.woerle@foes.de

Nina Slattery, DNR-Pressestelle, Tel. 030-6781775-78, nina.slattery@dnr.de